

Rezensionen

Peter Wagner, *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*, Frankfurt am Main u. New York: Campus 1990

Vom Atlantik bis zum Ural (oder noch weiter?) ist die europäische Staatenwelt zur Zeit in Bewegung. Überzogen den Kontinent gerade noch etwas mehr als dreißig Staaten, sind es mittlerweile bereits mehr als fünfzig. Die intellektuelle Wahrnehmung dieses Transformationsprozesses der Alten Welt ist bislang fast ausschließlich politisch und ökonomisch strukturiert. Welche Auswirkungen die Umwälzungen auf Kultur und Wissenschaft haben werden, trifft indes auf geringes Interesse. Dies hängt wohl damit zusammen, daß kulturelle Prozesse weniger greifbar und steuerbar erscheinen als ökonomische und politische. Die Wissens- und Wissenschaftssoziologie, aber auch die verschiedenen Kulturwissenschaften haben sich zu den aktuellen Veränderungen noch kaum zu Wort gemeldet. Vielleicht fehlen ihnen dazu auch die kognitiven Voraussetzungen.

Vor diesem Hintergrund muß die Arbeit von Peter Wagner, auch wenn sie vor der ‚Wende‘ konzipiert und geschrieben worden ist, aufhorchen las-

sen. Schon im Titel sind entsprechende Akzente gesetzt: Sozialwissenschaft und Staat. Also nicht um allgemeine Spekulationen, sondern um das Verhältnis der Wissenschaft zu einer bestimmten Organisation soll es gehen. Außerdem wird der Gegenstand zeitlich und räumlich genau eingegrenzt: Wagner will sich mit der Wissenschaftsentwicklung in den kontinentaleuropäischen Staaten Frankreich, Italien und Deutschland in der Zeit von 1870 bis 1980 beschäftigen. Seine Analysen und Interpretationen ziehen sich in fünf Teilen mit 13 Kapiteln über 533 Seiten. Der Umfang ist respektabel. Aber vielleicht ist die Arbeit deshalb gedanklich schwer zusammenzuhalten.

Aus Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Sozialwissenschaft (reduktionistische Modellbildung, empirische Sozialforschung, postmoderne Schönschreiberei) interessiert sich Wagner dafür, „wie sie geworden war“. Zu diesem Zweck soll ihre Entwicklung in drei Staaten analysiert werden. Die Methode ist also nicht ‚interkulturell‘ oder ‚multinational‘, sondern ‚zwischenstaatlich‘. Allerdings kümmert sich der Autor um diese Unterscheidung, die v. a. für das 19. Jahrhundert ins Auge fällt, nicht besonders. Staat und Nation werden

analytisch nicht ausreichend differenziert. „Die Konstellation intellektueller Kontroversen und institutionalisierter Disziplinen variierte über nationale Kontexte.“ (S. 15) Gemeint sind wahrscheinlich ‚staatliche Kontexte‘. Der Staat als Organisation ist empirisch präzise zu fassen. Die Nation nicht. Daß diese Unschärfe zu Schwierigkeiten führen muß, dazu später.

Frankreich, Italien und Deutschland (warum diese Reihenfolge?) werden ausgewählt, weil sie als kontinentaleuropäische Staaten im Untersuchungszeitraum viele Ähnlichkeiten (zunehmende Zentralisierung, Entstehung einer Schicht von Verwaltungspersonal, Tradition des Römischen Rechts) aufweisen. Meines Erachtens ist das methodisch nicht gerechtfertigt. Bei dem formulierten Ziel, den Einfluß von Staatsorganisationen auf die Wissenschaftsentwicklung zu untersuchen, muß die größtmögliche Variation der Staatsorganisation eindeutig mehr bringen. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien wäre für diesen Zweck wohl ergiebiger gewesen.

Als konzeptionellen Rahmen wählt Wagner die Diskurstheorie. Möglicherweise ist das der Grund, warum Frankreich (Bourdieu, Foucault) im Titel zuerst kommt. Diskurse werden dabei als „machtgeleitete Argumentationsketten“ verstanden. Oder: Diskurse folgen „Regeln über die Einschließung und Ausgrenzung von Argumentation“. Unter den zahlreichen Wortverbindungen mit Diskurs – Diskurskrisen, Diskurs-transformation, Diskurskoalition, Dis-

kursentwicklung, Diskursstrukturierung und vielleicht noch andere, die ich übersehen habe – ist der Begriff der „Diskurskoalition“ zentral. Wagner versteht darunter eine „besonders intensive Interaktion zwischen Akteuren aus dem wissenschaftlichen und solchen aus dem politischen Feld“. Inhaltlich geht es ihm vorrangig um die „gesellschaftlichen Bedingungen der Diskursstrukturierung“ (Teil II), um die „Formierung gesellschaftswissenschaftlicher Diskurse an den wissenschaftlichen Institutionen“ und die „Diskurskonstituierung“, die in Zusammenhang mit der „sozialen“ und „nationalen“ Frage gebracht wird (Kapitel 4). Im fünften Kapitel wird die intellektuelle Kontroverse über das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat beschrieben und die Vorreiterrolle der politischen Ökonomie für die Sozialwissenschaften akzentuiert. Im sechsten Kapitel geht es um Kontroversen über das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Recht. Dann werden „Konturen von Diskursen“ herausgearbeitet (Historische Schule, staatsinterventionistisches Denken, umfassende Sozialwissenschaft, formale Soziologie etc.). Es werden Entsprechungen zwischen bestimmten Sozialwissenschaften und der Konzeption des liberalen Rechtsstaates aufgezeigt. Im dritten Teil werden sodann die Staatskrisen zwischen den beiden Weltkriegen und ihre Auswirkungen auf die entstehenden Sozialwissenschaften diskutiert. Damit wird die Krise der klassischen Soziologie in Zusammenhang gebracht (siebtes Kapitel), aber

auch von einer Transformation des wirtschaftswissenschaftlichen Denkens gesprochen (Zurücktreten der Neoklassik, achtes Kapitel). Im neunten Kapitel wird versucht, die Entstehung der empirischen Sozialforschung zu rekapitulieren. Schließlich wird die Nachkriegsperiode in Analogie zu den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gesehen. Der Durchbruch der empirischen Sozialwissenschaften wird insgesamt als Ergebnis von „Diskurskoalitionen zwischen Akteuren im wissenschaftlichen und politischen Feld“ interpretiert.

Wagner sieht die Entwicklung der modernen Sozialwissenschaften in drei Phasen: Zuerst die Entwicklung bis Ende des 19. Jahrhunderts. Unter den relativ liberalen Bedingungen des frühen bürgerlichen Verfassungsstaates geht es den einzelnen Richtungen der Sozialwissenschaften vor allem um Positionsgewinne in akademischen Institutionen, um die Anerkennung als Wissenschaft. Die zweite Phase sieht er in einem Zusammenhang mit der Krise des bürgerlichen Liberalismus bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Ideen der Klassiker, die auf die kognitive Fundierung von Disziplinen zielten, treten zugunsten von intellektuellen Hilfestellungen für den interventionistischen Wohlfahrtsstaat zurück. Einige dieser Entwicklungslinien gehen auch Richtung Planwirtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg mündet dies schließlich in der dritten Phase in die akademische Institutionalisierung einer positivistischen Variante der Sozialwissenschaften („empirisch orientierte Gegenwartsbeobach-

tung“) über Koalitionen mit Politikern und Bürokraten, die sich daraus Vorteile für die Steuerung des Wohlfahrtsstaates erwarten.

Die Materialien und Schlußfolgerungen, die Wagner vorlegt, sind nicht neu, was schon die häufigen Rückgriffe auf Sekundärstudien erkennen lassen. Innovativ ist hingegen der Versuch, die Ereignisse und Prozesse diskurstheoretisch zu interpretieren. Einige der eingeführten Begriffe haben durchaus das Potential, zu Modewörtern der Sozialwissenschaften zu werden. Allerdings sind die Ergebnisse dort, wo es um konkrete Ereignisse geht, wenig schlüssig. Wie so oft klappt eine große Lücke zwischen theoretischem Anspruch und empirischer Einlösung. Zum Beispiel bleibt trotz Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und Italien die Auswirkung der Fakultätszugehörigkeit (juridische oder philosophische Fakultät) auf die kognitive Struktur der Sozialwissenschaften unklar. Der Leser selbst kann auch nur spekulieren, da kaum jemand über Detailkenntnisse über die Entwicklung der Sozialwissenschaften in den angeführten Staaten verfügt.

Zu hoffen ist, daß die Recherchen des Autors nicht überall so oberflächlich und lückenhaft erfolgt sind wie beim Exkurs über Österreich. Wagner begnügt sich dabei mit dem Referieren einiger sehr bekannter Überblicksartikel zum Austromarxismus und die Gruppe um Lazarsfeld. Völlig unverständlich bleibt außerdem, warum der Autor nicht erkennt, daß sich die deutschsprachigen Sozialwissenschaften in zwei ziemlich

unterschiedlichen Staaten und Gesellschaften entwickelt haben, d.h. nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in der Habsburgermonarchie mit Wien, Prag und Budapest als Zentren. Die Kontroverse zwischen Schmoller und Menger so darzustellen, als ob es sich dabei um Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialwissenschaften gehandelt hätte, ist allein schon deshalb unbegreiflich, weil die Analyse ja beansprucht, gerade die staatlichen Einflüsse herausarbeiten zu wollen. Unter diesem Anspruch kann man nicht einfach Namen und Diskurse verwenden, ohne die andere gesellschaftliche und staatliche Organisation zu berücksichtigen – oder sollen die „Diskurskoalitionen“ im Wilhelminischen Berlin völlig gleich verlaufen sein wie in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien? Literatur zur Erhellung dieser Frage gibt es heute genügend (etwa Fuchs, Winter, Schorske etc.), auch wenn Wagner sie nicht zur Kenntnis nimmt. Dennoch: Bei allem Widerstand gegen Geschichtsklitterung und Oberflächlichkeit in der Analyse liegt in dem Versuch, die Diskurstheorie auf die Interpretation wissenschaftsgeschichtlicher Entwicklungen anzuwenden, ein interessanter Ansatz. Der Umfang und gewisse Oberflächlichkeiten in den Recherchen werden die Rezeption zwar erschweren, vom Zitieren wird es dennoch niemand abhalten.

Josef Langer, Klagenfurt

Gene R. Sensenig, Hg., *Bergbau in Südtirol von der Altitalioler Bergbautradition zur modernen italienischen Montanindustrie. Eine Sozialgeschichte*. Salzburg: Grauwerte 1990.

Das Buch gliedert sich in drei recht unterschiedliche Teile. Der erste Teil, der auch vom Herausgeber verfaßt wurde, besteht aus vier Kapiteln. Sie behandeln die Entstehung der Montanindustrie Südtirols, die Geschichte der Sozialverhältnisse und der durch den Bergbau verursachten Umwelterstörungen sowie den Nord-Süd-Konflikt und Südtirol. Jedes Kapitel enthält eine Einführung in das Thema und einen eigenen „Südtirol-Überblick“. Dazwischen hat der Herausgeber kleinere „theoretisch-historische Abhandlungen“ eingefügt. Der Anstoß für das Buch kam von der Südtiroler Arbeiterkammer. Das Anfang 1988 von ihr vergebene Projekt wurde im Herbst 1990, also schon nach rund zweieinhalb Jahren, abgeschlossen. Für die Vorbereitungszeit gibt der Herausgeber an, daß seine Kenntnisse über den Ostalpenraum nur bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts reichten. Daher wären für das Buch, dessen zeitlicher Rahmen vom Hochmittelalter bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geht, „langwierige Quellenstudien“ notwendig gewesen. Offenbar betrachtet der Herausgeber die Durchsicht der im Anhang angeführten Sekundärliteratur bereits als Quellenstudien. Für die Zeit vor 1850 wurden jedenfalls keine archivalischen Forschungen angestellt! Die Behauptung, daß in den einschlägigen ita-